

1

2024 / Krisenherd Westafrika: Militärputsche infolge gescheiterter Inter- ventionen / **BEWAFFNETE KONFLIKTE**

1.1 ➤ Aktuelle Konflikte und Interventionen

1.2 ➤ Jüngste Militärputsche in Westafrika

↓ EMPFEHLUNGEN

1

46

- 1 Die Förderung von Frieden im Sahel ist Kernanliegen Deutschlands und Europas** Nach Beendigung des Bundeswehreinsatzes in Mali sollte sich die Bundesregierung vor allem diplomatisch und entwicklungspolitisch in der Region engagieren.
- 2 Politischen Dialog mit Mali, Burkina Faso und Niger aufrechterhalten** Politischer Druck hat sich gegenüber den Putschisten als kontraproduktiv erwiesen. Die Bundesregierung sollte auf diplomatische Zurückhaltung setzen, aber den Dialog führen und die hohe Anerkennung Deutschlands stärker nutzen.
- 3 Entwicklungszusammenarbeit nur nach intensiver Prüfung einstellen** Die Bundesregierung sollte Leitlinien dafür entwickeln, in welchen Situationen und wie „regierungsfernes“ Engagement in der Praxis umgesetzt werden soll. Ein abruptes Einstellen der Entwicklungszusammenarbeit gefährdet wichtige zivilgesellschaftliche Partner:innen.
- 4 Lokale Zivilgesellschaft und nicht-militärische Friedensstrategien stärken** Die Bundesregierung sollte ihre Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Kräften aus Mali, Burkina Faso und Niger intensivieren und diskrete Unterstützung für nicht-militärische Konfliktbearbeitung anbieten.
- 5 Reform der Westafrikankischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) unterstützen** In der Zusammenarbeit mit ECOWAS sollte die Bundesregierung eine kritische Reflexion der Sanktionspolitik unterstützen und den Dialog zwischen ECOWAS und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen fördern.
- 6 Hoffnung der Bevölkerung im Sahel ernst nehmen** Die ökonomische und soziale Krise, die Frustration über Korruption und schlechte Regierungsführung sowie mangelnde menschliche Sicherheit sind Treiber politischer Instabilität. Zur Prävention von Putschen sollte in die Förderung von Rechenschaftspflicht und soziale Teilhabe investiert werden.

BEWAFFNETE KONFLIKTE /

Krisenherd Westafrika:

Militärputsche infolge gescheiterter Interventionen /

Im Schatten des Kriegs in der Ukraine und der Gewalteskalation im Nahen Osten hat sich in Westafrika ein weiterer Krisenherd entwickelt. Weltweit zeigt sich, dass Konflikte zunehmend mit Gewalt ausgetragen werden und die Zahl gewaltsamer Vertreibungen kontinuierlich steigt.

1.1 Aktuelle Konflikte und Interventionen

Während der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine 2023 mit wenigen Veränderungen an den Frontlinien, aber mit unverminderter Härte andauerte, dominiert seit Oktober des vergangenen Jahres der Gazakonflikt die weltweite Berichterstattung. Als Reaktion auf einen terroristischen Anschlag, bei dem die palästinensische Hamas-Miliz und weitere islamistische Gruppen am 7. Oktober 2023 etwa 1.200 Menschen in Israel ermordeten und etwa 250 Geiseln verschleppten, startete das israelische Militär einen groß angelegten Angriff auf den Gazastreifen, der auch den Einsatz von Bodentruppen beinhaltet. Erklärtes Ziel Israels ist dabei, die Geiseln zu befreien und die Hamas zu zerstören. Die militärische Aktion dauerte bis zum Redaktionsschluss (April 2024) an. Die Anzahl der Todesopfer im Gazastreifen ist hoch. Die israelischen Streitkräfte meldeten (Stand 3. April 2024) 256 gefallene Soldat:innen¹ in ihren Reihen seit Beginn der Bodenoffensive am 27. Oktober 2023.

Zu den Opfern des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine gibt es keine genauen beziehungsweise verlässlichen Angaben. Die Ukraine veröffentlichte im Frühjahr offiziell die Zahl von insgesamt 31.000 Gefallenen. Die tatsächliche Opferzahl ist wahrscheinlich höher. Russland veröffentlichte bislang keine Zahlen. Für das Jahr 2022 beziffert das Uppsala Conflict Data Program (UCDP) die Zahl der Menschen, die infolge von Kampfhandlungen in der Ukraine ihr Leben verloren (sogenannte battle-related deaths, → 5/48 | → 6/48), mit mehr als 81.000 – und womöglich sogar bis zu 160.000.

Im folgenden Kapitel geben wir zunächst eine Übersicht über jüngere Entwicklungen im globalen Konfliktgeschehen → 7/49 | → 10/53. Der zweite Teil des Kapitels fokussiert auf die Konfliktlage in Westafrika, die im Schatten der Kriege in der Ukraine und in Gaza wenig Beachtung in der internationalen Berichterstattung findet und ebenfalls kaum Anlass zur Hoffnung gibt: das Scheitern der westlichen und internationalen

Militärmissionen in der Sahel-Region, die Serie von Militärputschen in Mali, Burkina Faso und Niger sowie das Auseinanderbrechen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) im Januar 2024.

5 Daten zu Gewaltkonflikten

1
48

Einerseits stützt sich das Friedensgutachten bei den Angaben zur Anzahl von Konflikten und Todesopfern globaler Konflikte auf Definitionen und Daten des Uppsala Conflict Data Program (UCDP). Die aktuellsten vorliegenden Datensätze dokumentieren Kriege, Konflikte, Konfliktakteure und Kriegsoffer der vergangenen Jahrzehnte bis einschließlich 2022. Daten für das Jahr 2023 werden erst im Sommer 2024 veröffentlicht. Die Daten enthalten Informationen über Kriege (gemäß UCDP: Beteiligung mindestens eines Staates am Konflikt und jährlich mehr als 1.000 durch Kampfhandlungen Getötete) und kleinere Gewaltkonflikte (gemäß UCDP: im Jahresverlauf mehr als 25 durch Kampfhandlungen Getötete).

Für das Jahr 2023 greifen wir zurück auf das Armed Conflict Location & Event Dataset (ACLED). ACLED repräsentiert die primäre Quelle für globale Echtzeit-Konfliktdaten. Es fungiert als Grundpfeiler für die meisten weltweiten Frühwarn- und Aktionsmechanismen. ACLED erfasst umfangreiche Informationen zu Daten, Akteuren, Schauplätzen, Todesopfern und Kategorien sämtlicher dokumentierter politischer Gewaltakte und Protestveranstaltungen in rund 250 Ländern und Territorien. ACLED stützt sich für die kuratierte Datenerhebung auf ein weitreichendes Netzwerk von Kooperationspartner:innen und Wissenschaftler:innen und präsentiert präzise, detaillierte und zeitnahe Konfliktdaten.

6 Opferzahlen

Bei den genannten Opferzahlen handelt es sich um konservative Näherungswerte. Es besteht eine hohe Dunkelziffer, da nur Opfer erfasst werden, die mindestens zwei voneinander unabhängige Quellen bestätigen. Je nach gewählter Methodik und abhängig von der zugrunde gelegten Konfliktdefinition finden zudem Opferzahlen unterhalb eines Schwellenwertes (im Falle der UCDP Daten 25 durch Kampfhandlungen Getötete) keinen Eingang in die Berechnungen. Die Opferzahlen von Kampfhandlungen allein beschreiben zudem weder das

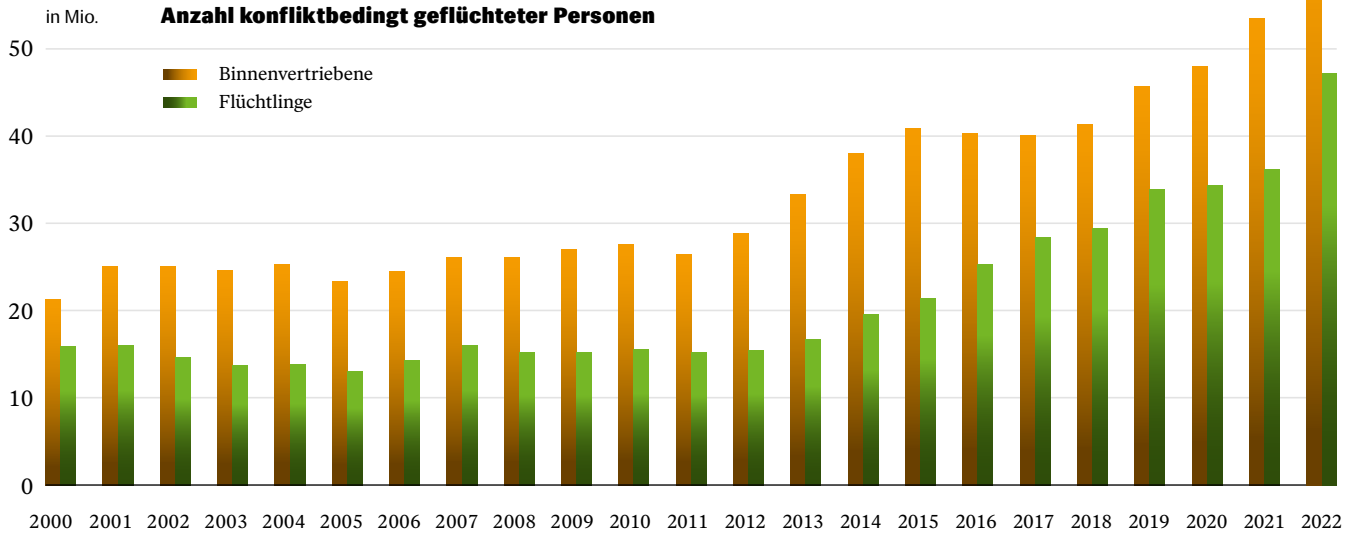
tatsächliche Ausmaß der Gewaltintensität noch die indirekten Folgen der Konflikte, wie etwa Hungersnöte und Krankheiten. Daten zur Anzahl dieser Opfer sind jedoch nicht valide, zumal mit Blick auf Verwundete oft nur diejenigen erfasst werden, die eine medizinische Versorgung erhalten. Schließlich wirken sich Konflikte auch auf die langfristige Lebenserwartung betroffener Gesellschaften aus. Im Irak ist etwa ein Drittel des Anstiegs der Sterblichkeitsrate auf die Folgen des Krieges zurückzuführen.

WELTWEITE OPFER KRIEGERISCHER GEWALT

In jüngster Zeit setzt sich weltweit ein besorgniserregender Trend der Zunahme kriegsrischer Gewalt weiter fort. Nach Angaben von UCDP kamen 2022 insgesamt 236.990 Menschen infolge von Kampfhandlungen oder einseitiger Gewalt ums Leben → **7** / 49. Das ist fast eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr (120.142 Getötete) und die höchste erfasste Zahl seit dem Völkermord in Ruanda 1994. Gründe waren der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine und der Bürgerkrieg zwischen der äthiopischen Regierung und der Volksbefreiungsfront von Tigray, der mit 101.000 Getöteten noch mehr Opfer als der Ukrainekrieg gefordert hatte. Trotz Waffenstillstands im November 2022 dauert der Konflikt nach wie vor an. Insgesamt lag das Gewaltniveau in den zehn Jahren zwischen 2013 und 2022 mit etwa 1,2 Mio. Todesopfern um mehr als 200 % höher als in den zehn Jahren davor (2003–2012: 390.000 Todesopfer).

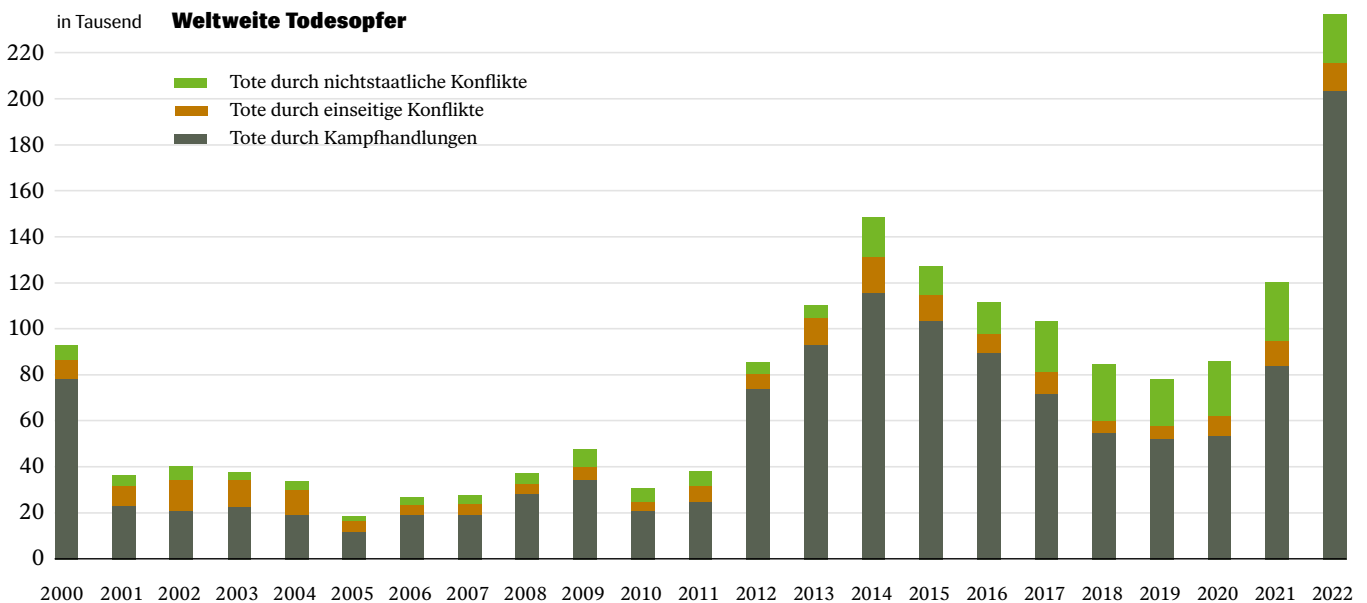
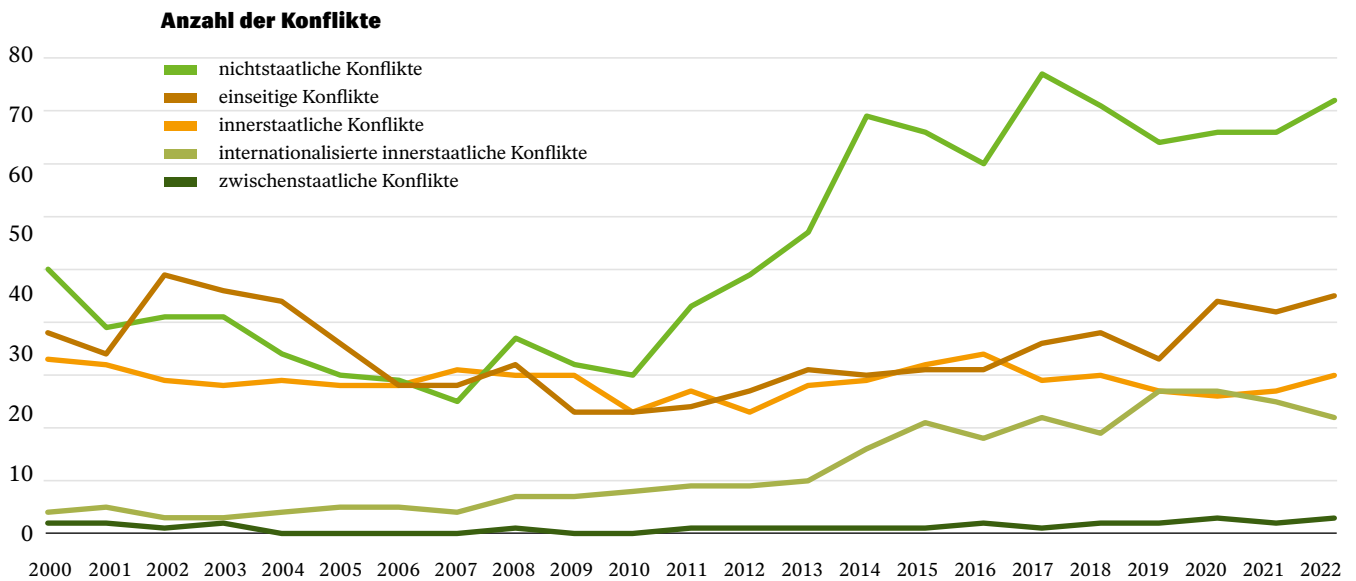
7 Globales Konfliktgeschehen

Quelle → 1/69



1

49



Die Zunahme bewaffneter Konflikte und politischer Gewalt spiegelt sich auch in der Anzahl gewaltsam vertriebener Menschen wider → **7** / 49. So meldet das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) kontinuierlich neue „Rekordzahlen“. Ende 2022 befanden sich 108,4 Mio. Menschen auf der Flucht – das waren 19 Mio. mehr als ein Jahr zuvor und der größte Anstieg innerhalb eines Jahres, den die Vereinten Nationen (VN) jemals zu verzeichnen hatten. Im Lauf des Jahres 2023 stieg die Zahl auf 114 Mio. und damit auf ein Niveau, welches in der modernen Geschichte unübertroffen ist (→ UNHCR 2023). Darunter sind 63 Mio. Binnenvertriebene. 38 % der Geflüchteten kommen aus Sub-Sahara-Afrika, jeweils 19 % aus Südamerika und Europa sowie jeweils 12 % aus dem Nahen und Mittleren Osten und Asien. Für 2024 rechnet UNHCR weltweit mit bis zu 130 Mio. gewaltsam vertriebenen Menschen, was ein Anstieg um 20 % gegenüber 2022 wäre (→ UNHCR 2024). Hervorzuheben ist vor allem die gewaltsame Vertreibung von über 100.000 Armenier:innen aus Berg-Karabach durch das aserbaidжанische Militär im Herbst 2023.

GLOBALE KONFLIKTTRENDS

UCDP führte 2022 acht Konflikte als „Kriege“, also gewaltsame Auseinandersetzungen mit mindestens 1.000 durch Kampfhandlungen Getöteter pro Jahr → **5** / 48. Das sind drei Kriege mehr als im Vorjahr. Neu hinzugekommen ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Darüber hinaus überschritten 2022 die Konflikte in Mali und Burkina Faso erstmals die Schwelle zum Krieg. Auch die Kriege in Nigeria und Somalia dauerten 2022 weiter an. Zum ersten Mal seit 1979 zählte Afghanistan nicht mehr zu den von Krieg betroffenen Ländern. Der Krieg in Afghanistan endete 2021 nach dem Sieg der Taliban über die Zentralregierung. Seitdem sank die Intensität kriegesischer Gewalt unter die Marke der 1.000 Toten. Dafür stufte UCDP 2022 die Konflikte in Myanmar zwischen der Militärregierung und diversen bewaffneten Gruppen erstmals als Krieg ein.

Bei der Hälfte der weltweit ausgetragenen Kriege handelte es sich um Auseinandersetzungen zwischen Regierungen (gemeinsam mit verbündeten Milizen und Militärfirmen, → von Boemcken et al. 2023) und dschihadistischen bewaffneten Gruppen in Sub-Sahara Afrika. Der zweite Teil dieses Kapitels wird diese Dynamiken genauer in den Blick nehmen, speziell in der Sahel-Zone. Kämpfe zwischen Regierungen und Aufständischen prägten auch das Geschehen in den anderen 2022 erfassten Kriegen. Dazu gehörten die zu dem Zeitpunkt schon länger andauernden Kriege in Äthiopien und im Jemen.

Die Hälfte der weltweiten Kriege sind Auseinandersetzungen zwischen Regierungen und dschihadistischen Gruppen in Sub-Sahara Afrika

Der Krieg – oder vielmehr die mannigfaltigen bewaffneten Konflikte – in Myanmar, wo inzwischen über das Land verteilt hunderte kleinere Milizen gegen die Regierung kämpfen, führt das Ranking des ACLED „Conflict Index“ an → **5** / 48. Dieser erstellt jährlich für alle Staaten der Welt eine Konfliktrangfolge, die nicht allein von der Zahl der Todesopfer abhängt, sondern ebenso die Gefährdung von Zivilpersonen, die räumliche Ausbreitung des Konflikts und die Anzahl der beteiligten bewaffneten Gruppen berücksichtigt. Die weiteren „Top-10“ im ACLED-Index 2023 sind Syrien, palästinensische

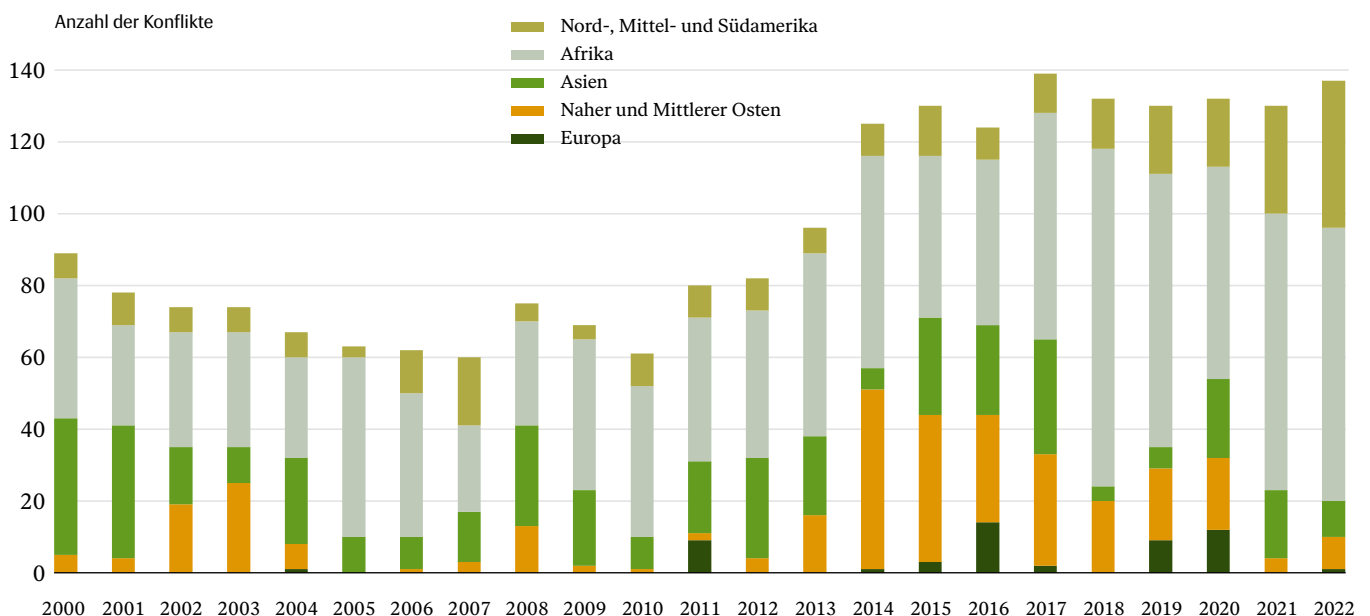
Gebiete, Mexiko, Nigeria, Brasilien, Kolumbien, Haiti, Jemen und der Sudan, wo im April 2023 ein bewaffneter Konflikt zwischen rivalisierenden Fraktionen innerhalb der Streitkräfte ausbrach. Die Ukraine erreichte nach den ACLED-Kriterien – obwohl sie Schauplatz eines der weltweit tödlichsten Kriege ist – „nur“ Platz 13.

Das weltweite Konfliktgeschehen → **7** / 49 erschöpft sich keineswegs in den großen Auseinandersetzungen mit Tausenden von Todesopfern. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von kleineren Gewaltkonflikten, die in der Regel wenig und international oft gar keine mediale Aufmerksamkeit erfahren. UCDP zählte 2022 weltweit insgesamt 137 bewaffnete Konflikte, also Kampfhandlungen zwischen mindestens zwei Parteien, die im Jahresverlauf mehr als 25 Todesopfer forderten. Erstmals erfasst wurden 45 Konflikte, 38 endeten. Damit setzte sich die negative Entwicklung der vergangenen Jahre weiter fort (2021 zählte UCDP 130 Konflikte, 2020 128). In den Daten von ACLED zeigt sich dieser Trend sogar noch deutlicher. Demnach stieg die Zahl der Konfliktereignisse 2023 um 12 % gegenüber dem Vorjahr. Seit 2020 zeigen die ACLED-Daten sogar eine Steigerung um mehr als 40 %.

Obwohl in Europa einer der weltweit tödlichsten Kriege stattfindet, bleibt der Ukrainekrieg der einzige bewaffnete Konflikt auf dem Kontinent. Laut UCDP waren 2022 mehr als die Hälfte der weltweiten Gewaltkonflikte in Sub-Sahara Afrika verortet (76 Fälle, 55 %) → **8** / 51 | → **10** / 53. Interessant ist hingegen, dass der ACLED-Konfliktindex 2023 nur zwei afrikanische Staaten (Nigeria und Sudan), dafür aber vier Länder in Lateinamerika zu den zehn Ländern zählt, die weltweit am schwersten von Gewaltkonflikten betroffen sind. Mexiko, Brasilien und Kolumbien sind Schauplatz zahlreicher Kämpfe zwischen konkurrierenden Drogenkartellen oder zwischen organisierten kriminellen Banden und staatlichen Sicherheitskräften. In Haiti übernahmen bewaffnete Gangs 2023 de facto die Kontrolle über den größten Teil des Staatsterritoriums und der Hauptstadt Port-au-Prince, und es droht, dass der Inselstaat im Chaos versinkt.

8 Globale Gewaltkonfliktrends im regionalen Vergleich

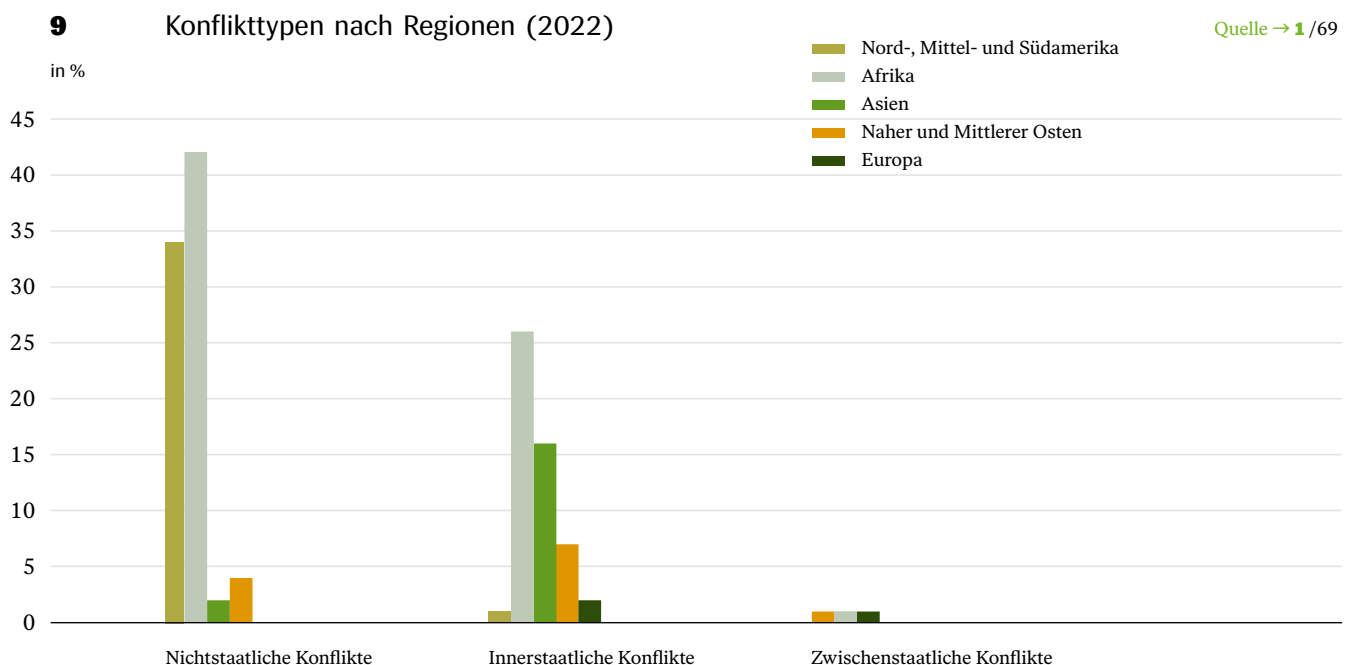
Quelle → **1** / 69



Neben der regionalen Verteilung ist auch die Betrachtung globaler Konfliktodynamiken anhand der beteiligten Akteurstypen aufschlussreich → 7 / 49. Die UCDP-Daten unterscheiden zwischenstaatliche Konflikte, innerstaatliche und – sollten andere Staaten involviert sein – „internationalisierte“ innerstaatliche Konflikte sowie nichtstaatliche Konflikte, an denen gar keine staatlichen Akteur:innen beteiligt sind. Zu letzteren gehören etwa Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Banden oder zwischen Rebellengruppen und Milizen. Zwischenstaatliche Gewaltkonflikte machten 2022 – wie bereits in den Vorjahren – nur einen Bruchteil des weltweiten Konfliktgeschehens aus (drei Fälle, etwas mehr als 2 %), wenngleich der zwischenstaatliche Krieg, wie jener in der Ukraine, hinsichtlich der Zahl seiner Todesopfer in der Regel deutlich verlustreicher ist. Bei 52 Konflikten (52 Fälle, 38 %) handelte es sich um innerstaatliche und internationalisierte innerstaatliche Konflikte, darunter sieben Kriege.

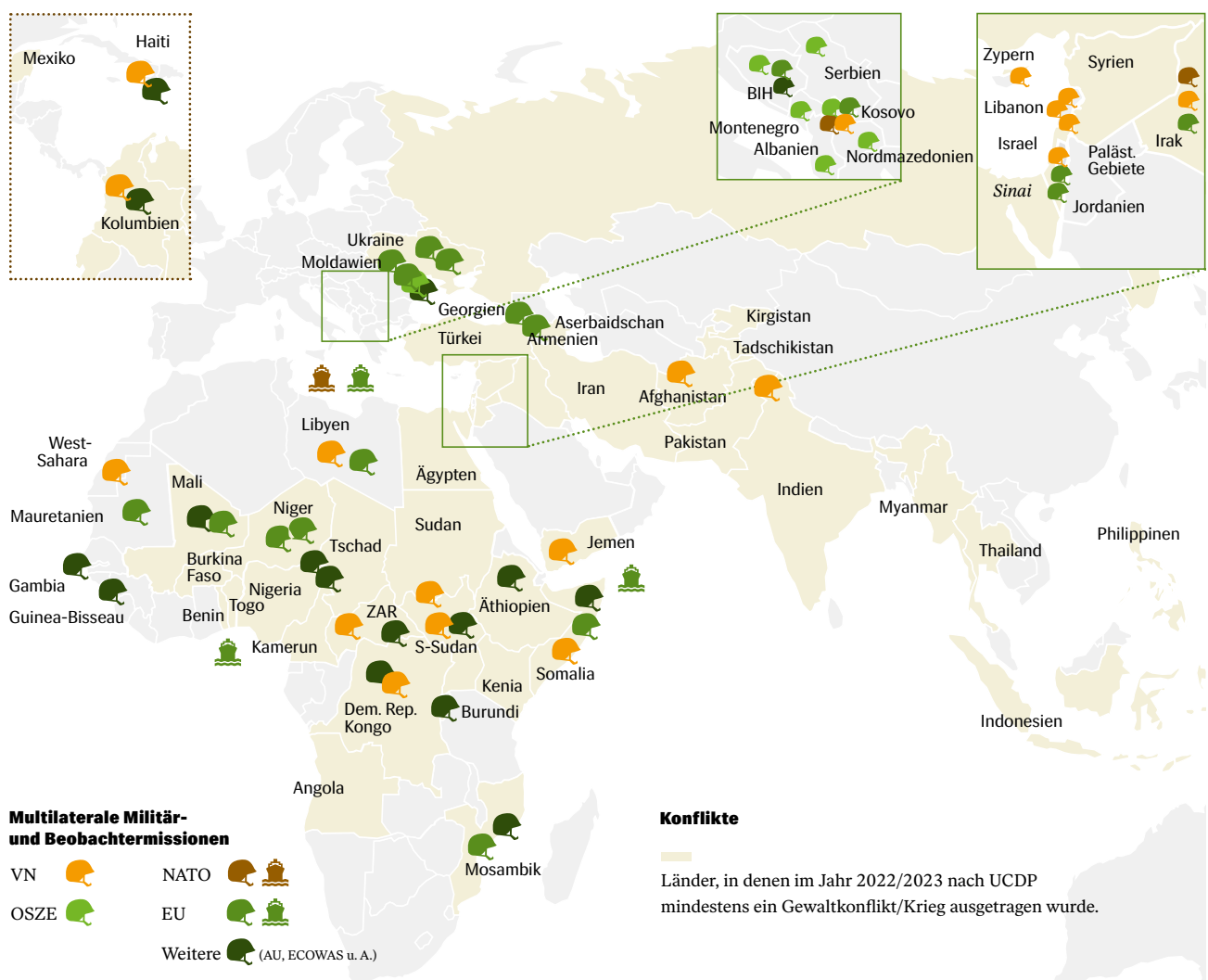
Weit mehr als die Hälfte (82 Fälle, 60 %) der bewaffneten Konflikte in der Welt wurden 2022 jedoch allein zwischen nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen ausgetragen. Auch wenn der größte Blutzoll auf das Konto innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte geht, stellen nichtstaatliche Konflikte seit mindestens zehn Jahren den häufigsten Konflikttyp. Während die Anzahl der innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikte im Verlauf der vergangenen 20 Jahre mehr oder weniger konstant geblieben ist, haben nichtstaatliche Konflikte in diesem Zeitraum stetig zugenommen.

Nichtstaatliche
Konflikte
sind der häufigste
Konflikttyp



Die Hälfte der nichtstaatlichen Gewaltkonflikte (42 Fälle) ereignete sich 2022 in Sub-Sahara Afrika → 9/52. Oft waren dies Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Rebellengruppen, etwa in der Demokratischen Republik Kongo (acht nichtstaatliche Konflikte), oder zwischen lokalen Selbstschutzmilizen und dschihadistischen Gruppen, etwa in Nigeria (neun nichtstaatliche Konflikte). Weitere 34 nichtstaatliche Gewaltkonflikte fanden in Lateinamerika statt. Dabei handelte es sich häufig um Kämpfe zwischen Drogenkartellen. UCDP zählte 2022 allein 17 solcher Konflikte in Mexiko und 13 in Brasilien.

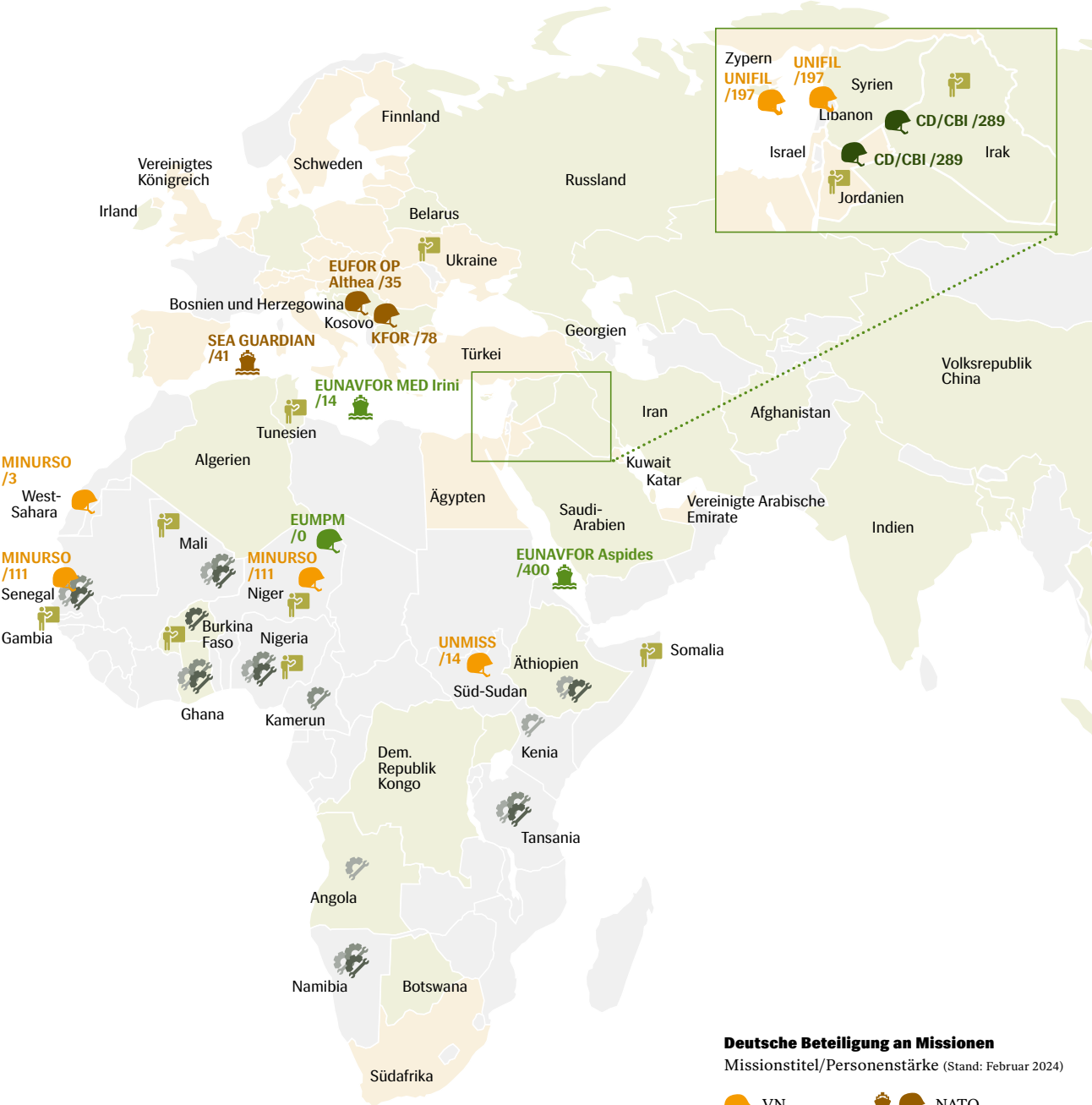
10 Gewaltkonflikte und multilaterale Militär- und Beobachtungsmissionen (2022/2023) Quelle → 1/69



11 Militärischer Fußabdruck Deutschlands (2019–2022)

Quelle → 1/69

1
54



Deutsche Beteiligung an Missionen

Missionstitel/Personenstärke (Stand: Februar 2024)

- VN UNIFIL /197
- NATO KFOR /78
- EU EUMPM /0
- Sonstige COUNTER DAESH /299

Partnerland Ertüchtigungsinitiative

2023

Partnerland Ausstattungshilfeprogramm

2013–2016

2017–2020

2021–2024

Genehmigte Rüstungsexporte 2022*
Genehmigte Rüstungs- und Kriegswaffenexporte 2022*

* Inklusive Lieferungen für VN-Missionen

Zugunsten der besseren Lesbarkeit sind einige Ländernamen nicht dargestellt.
Die dargestellten Grenzen und Namen entsprechen nicht der offiziellen Auffassung des BICC.

FRIEDENSMISSIONEN UND DEUTSCHE BETEILIGUNG

Die Zahl multilateraler Friedensmissionen, die vor allem von den VN, dem Nordatlantikpakt (NATO), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Europäischen Union (EU) oder der Afrikanischen Union (AU) mandatiert wurden, ist 2023 mit insgesamt 68 Missionen gegenüber dem Vorjahr um sechs gestiegen. Die Anzahl der Friedenssicherungseinsätze der VN beläuft sich durch die Beendigung der Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA) auf insgesamt elf Missionen.

1
55

Das Engagement Deutschlands in internationalen Friedenseinsätzen blieb auch im Jahr 2023 mit insgesamt elf Beteiligungen auf dem Niveau der Vorjahre → **12** /55. Nach wie vor liegt der regionale Fokus deutscher Auslandseinsätze auf der MENA-Region (Mittlerer Osten und Nordafrika) und auf Sub-Sahara Afrika → **11** /54. Deutschland beteiligt sich (Stand Februar 2024) mit einer Truppenstärke von 1.182 Personen an den Missionen, bleibt aber unterhalb der Mandatsobergrenze von 4.314 Personen. Im weiteren Verlauf des Kapitels wird auf die Rolle der westlichen und internationalen Militärmissionen in der Sahel-Region im Kontext der Militärputsche in Burkina Faso, Mali und Niger eingegangen.

12 Aktuelle Einsätze der Bundeswehr (März 2024) Quelle → 1 /69				
Einsatz	Kürzel	Einsatzgebiet	Stärke	Obergrenze
Counter Daesh/Capacity Building Iraq	CD/CBI	Irak (Jordanien)	289	500
Deutsche Kräfte in Niamey (Rückverlegung)	MINUSMA	Niger/Senegal	111	1.400
EU Force Operation Althea	EUFOR OP Althea	Bosnien und Herzegowina	35	50
EU Military Partnership Mission in Niger	EUMPM	Niger	0	60
EU Naval Force Aspides	EUNAVOR Aspides	Rotes Meer	400	700
EU Naval Force Mediterranean Irini	EUNAVOR MED Irini	Mittelmeer	14	300
Kosovo Force	KFOR	Kosovo	78	400
NATO-Mission	Sea Guardian	Mittelmeer	41	550
UN Interim Force in Lebanon	UNIFIL	Libanon (Zypern)	197	300
UN Mission for the Referendum in Western Sahara	MINURSO	Westsahara	3	4
UN Mission in South Sudan	UNMISS	Südsudan	14	50

1.2 ✓ Jüngste Militärputsche in Westafrika

Im Schatten von Gaza und der Ukraine verschärfte sich die instabile Lage in Westafrika. In den letzten drei Jahren gab es in der Region sieben Staatsstriche durch das Militär. Die internationale Gemeinschaft und die ECOWAS verurteilten diese umgehend und forderten die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung, was die Putschisten zurückwies. Um ihre Militärregierungen zu legitimieren, bildeten Burkina Faso, Mali und Niger im September 2023 ein neues Verteidigungsbündnis (Allianz der Sahelstaaten) und kündigten im Januar 2024 ihren Austritt aus der ECOWAS an. Dieser Austritt zwang die ECOWAS, die Sanktionen gegen die drei Länder im Februar 2024 aufzuheben und inoffizielle Verhandlungen mit den Militärführern der Sahelzone aufzunehmen.

BEGÜNSTIGENDE FAKTOREN FÜR DIE MILITÄRPUTSCHE

Betrachtet man die Faktoren, die die jüngsten Staatsstriche in Westafrika begünstigten, fällt auf, dass viele Länder dieser Region historisch durch Phasen autoritärer Regierungen geprägt sind. Zwischen 1965 und 1985 kam es in den meisten westafrikanischen Staaten zu Militärputschen. Erst in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren setzten sich in der Region Mehrparteiendemokratien durch. Die jüngste Serie von Staatsstreichen kann als erneuter Wendepunkt angesehen werden → 13/56.

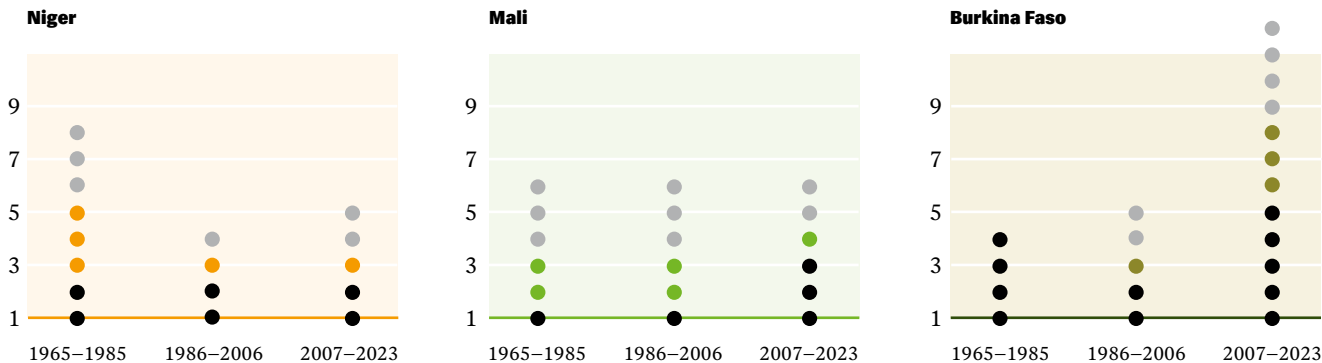
Wenngleich die Umstände und Beweggründe für die Staatsstriche von Land zu Land variieren, weisen Mali, Burkina Faso und Niger ähnliche Muster in Bezug auf wirtschaftliche Ungleichheit und schlechte öffentliche Infrastruktur auf: gleichbleibend hohe Werte in den ungleichen Chancen der lokalen Bevölkerung, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern, aber auch eine mangelhafte Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen. Die Daten zeigen auch, dass in diesen Ländern das Ausmaß externer Interventionen (siehe Indikator für externe Interventionen)² besonders hoch ist.

Soziale Ungleichheit und mangelhafte öffentliche Infrastruktur erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Staatsstriche

13 Tendenzen und Muster von Militärputschen in der westlichen Sahelzone (1965–2023) Quelle → 1/69

Anzahl

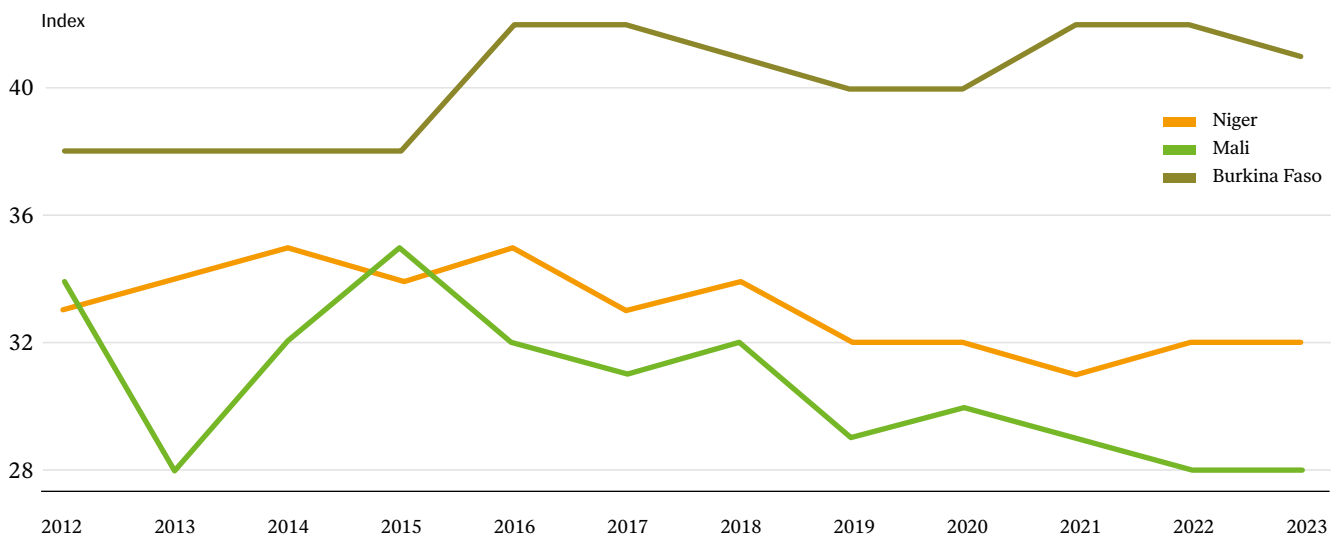
■ realisiert
■ Konspiration ■ nicht realisiert



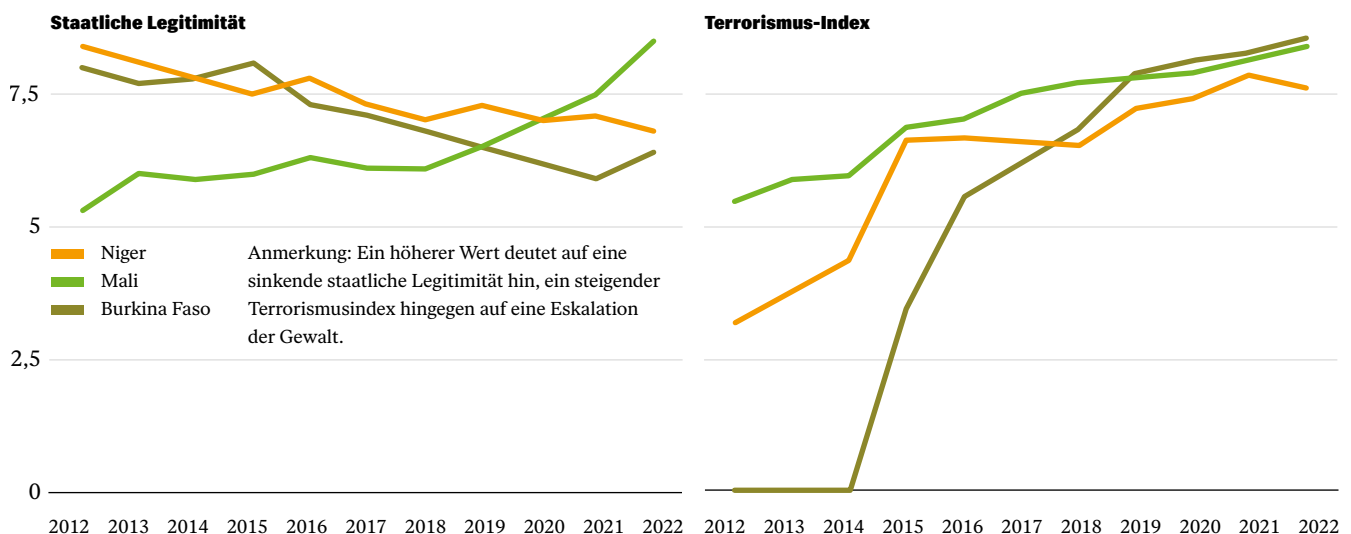
Die Militärjuntas in Burkina Faso, Mali und Niger gewannen nach ihren Putschen schnell den Rückhalt in großen Teilen der Gesellschaft, vor allem in der urbanen, jungen Bevölkerung, die zunehmend ihre Frustration über die unzureichenden öffentlichen Leistungen der Vorgängerregierungen zum Ausdruck brachte. Bemerkenswert ist, dass diese Länder bei der Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Sektor → **14** /57 besonders schlecht abschneiden (→ Transparency International, 2023).

Die Legitimität, die das Militär in der Bevölkerung genießt, lässt sich dadurch erklären, dass es für eine disziplinierte, hierarchische und gut organisierte Struktur steht. Ein Großteil der Gesellschaft verbindet damit die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. In der gegenwärtigen Situation in den westafrikanischen Sahelländern gibt es eine Tendenz in der Bevölkerung, diese militärische Organisation und Denkweise auf die Organisation der Gesellschaft und die Regulierung politischer Problemlagen übertragen zu wollen.

14 Index der Korruptionswahrnehmung (Corruption Perception Index) Quelle → 1 /69



15 Tendenzen und Muster von Terrorismus und staatlicher Legitimität in der westlichen Sahelzone³ Quelle → 1 /69



Mali, Burkina Faso und Niger sind seit mehreren Jahren mit gravierenden Sicherheitsproblemen konfrontiert. Die Bedrohung durch bewaffnete Gruppen hat seit 2010 deutlich zugenommen → **15** /57. Die hohe Platzierung der drei Länder auf dem Terrorismusindex deutet auf eine Zunahme terroristischer Aktivitäten hin. Ähnliche Gründe wurden für die Staatsstriche angeführt: Der Wunsch, die Situation zum Besseren zu wenden, da die gestürzten Regime nicht in der Lage waren, die Sicherheitslage zu verbessern.

1

DIE ROLLE INTERNATIONALER INTERVENTIONEN

58

Ein wichtiger Faktor für die Militärputsche sind auch die internationalen Interventionen in der Region, insbesondere in Mali und Niger. Seit 2012 gab es in Mali eine Vielzahl von Einsätzen zur Friedensförderung, Stabilisierung, Entwicklung und Terrorismusbekämpfung → **16** /58–59.

Während diese Interventionen die Stabilisierung als gemeinsames Ziel verfolgten, unterschieden sie sich stark in den Ansätzen, dieses Ziel zu erreichen. Gerade zwischen internationalen Akteur:innen und lokalen Konfliktakteur:innen war das Verständnis von Konfliktlagen sehr unterschiedlich. Die landesweite militärische Präsenz und Infrastruktur der VN-Mission MINUSMA diente etwa als Versorgungsbasis für andere Missionen wie den französischen Militäreinsatz Opération Barkhane. In der Folge verschwammen die Grenzen zwischen der VN-Mission und dem französischen Militäreinsatz, oftmals zulasten ihres Anspruchs der Unparteilichkeit. Diese Dynamik führte dazu, dass die lokale Bevölkerung nicht mehr zwischen verschiedenen Arten von Interventionen unterscheiden konnte, was sich negativ auf die Wahrnehmung von MINUSMA auswirkte.

16

Internationale zivile und militärische Interventionen in Mali und Niger seit 2012

Quelle → 1 /69

Mission und Dauer	Mandat und Ziel(e)	Stärke*
Operation Serval 20.12.2012–15.07.2015	Folgend auf Resolution 2085 des VN-Sicherheitsrats; offizielles Ersuchen der malischen Übergangsregierung an die französische Regierung zur Militärintervention: – Unterstützung der malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte bei der Eindämmung der Bedrohung durch terroristische Organisationen und ihnen nahestehende Gruppen	~ 1.700 (2014)
European Union Capacity Building Mission in Niger (EUCAP Sahel Niger) 16.07.2012; im Dezember 2024 von Niger aufgekündigt	Beschluss des Europäischen Rats 2012/392/CFSP: – Kapazitätenaufbau der nigrischen Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus	134
Afrikanisch geführte internationale Unterstützungsmission in Mali (AFISMA) Dezember 2012–01.07.2013	Resolution 2085 des VN-Sicherheitsrats, S/RES/2085 (2012): – Neuaufbau der Kapazitäten der malischen Sicherheitskräfte – Rückeroberung der Gebiete im Norden Malis – Schutz von Zivilist:innen	~ 8.000 (2013)
Mission der Afrikanischen Union (AU) in Mali und dem Sahel (MISAHEL) Seit 01.08.2013	Kommission der Afrikanischen Union: – Unterstützung der Einführung des Transformationsprozesses – Menschenrechte und humanitäres Handeln – Koordination der Sicherheitskräfte in der Region während des Nouakchott Prozesses – Entwicklungsunterstützung	19

Mission und Dauer	Mandat und Ziel(e)	Stärke *
Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) 01.07.2013–31.12.2023	Resolution 2100 des VN-Sicherheitsrats, S/RES/2100 (2013): – Stabilisierung wichtiger Bevölkerungszentren und Unterstützung bei der Wiederherstellung staatlicher Autorität – Unterstützung bei der Umsetzung des politischen Transitionsprozesses sowie dem Wahlverfahren – Schutz der Zivilbevölkerung und der VN-Mitarbeiter:innen	~15.800 (2023)
Multinationale Ausbildungsmission der Europäischen Union (EUTM) 17. 01.2013–18. 05.2024	Beschluss des Europäischen Rats, 2013/34/CFSP: – militärische Grundlagenausbildung und Beratung der malischen Streitkräfte im Süden Malis	116
Operation Barkhane 2014–2022	Beschluss der französischen Regierung in Partnerschaft mit den Ländern der Sahelzone: – Bekämpfung bewaffneter dschihadistischer Gruppen in der Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger	~ 5000 (2022)
Force Conjointe der G5 Sahel (FC G5S) 2014–2023	Kommunique des AU Friedens- und Sicherheitsrats, AU PSC/PR/Comm(DCLXXIX): (Anmerkung: in der Resolution 2359 des VN-Sicherheitsrats begrüßt die VN die Stationierung der FC-G5S im gesamten Hoheitsgebiet der beitragenden Länder, erteilt jedoch kein Mandat) – Afrikanischer Mechanismus für regionale Zusammenarbeit in der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik für Mauritien, Burkina Faso, Mali, Niger und Tschad	~ 5.000
European Union Capacity Building Mission in Mali (EUCAP Sahel Mali) 15. 01.2015 – 31.01.2025	Beschluss des Europäischen Rats, 2014/219/CFSP: – Unterstützung der malischen Behörden bei der Wiederherstellung von Sicherheit und der Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen und demokratischen Ordnung und Bedingungen für einen dauerhaften Frieden in Mali – Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität und Legitimität des Staates im gesamten Hoheitsgebiet Malis durch eine wirksame Umstellung der Verwaltung.	105
Joint Special Operations Task Force (JSOTF Gazelle) 2018 – seit 2021 integriert in EUTM Mali	Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19002 und Beschluss des Europäischen Rates, 2020/434 – Befähigung nigrischer Spezialkräfte durch Ausbildung und Beratung zur Terrorismusbekämpfung	200
Task Force Takuba 2020–2022	Politische Erklärung der EU-Mitgliedstaaten: (integriert in das Kommando der französischen Operation Barkhane; außerhalb des institutionellen Rahmens der EU) – Ausbildung und Unterstützung der malischen Armee in Operationen zur Terrorismusbekämpfung	900
European Union Military Partnership Mission in Niger (EUMPM Niger) seit Februar 2023; seit Juli 2023 ausgesetzt und im Dezember 2023 von Niger aufgekündigt	Beschluss Des Europäischen Rats, (CFSP) 2022/2444: – Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der nigrischen Streitkräfte im Kampf gegen dschihadistische Gruppen	5

* für laufende Missionen ab 2023

1

59

In der Vergangenheit konzentrierten sich viele internationale Interventionen auf den staatlichen Sicherheitssektor. Wenn dieser stark und effektiv sei, so die Annahme, könnten die größten Risiken abgewehrt werden, denen Gesellschaften in Konflikten ausgesetzt sind. Allerdings begingen staatliche Sicherheitskräfte – trotz ihrer verbesserten Ausbildung und Ausstattung – wiederholt Menschenrechtsverletzungen. Insofern trugen die internationalen Stabilisierungsbemühungen dazu bei, in der Bevölkerung kritisch gesehene Sicherheitskräfte zu legitimieren, zu ermächtigen und zu normalisieren (→ Raineri/Strazzari 2019). Nicht von ungefähr rechtfertigten die Juntas der drei Länder ihre Staatsstreiche mit der Unfähigkeit der abgesetzten Regierungen, die Sicherheitskrise einzudämmen. In Mali und Niger machten die Putschisten die internationalen Interventionen als Ursache für die grassierende Unsicherheit aus, die es schnellstmöglich zu beenden galt.

Da sich die Interventionen auf die Stärkung des Staats konzentrierten, schenkten sie lokalen Gemeinschaften vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Dabei waren gerade die – wenigen – Maßnahmen am erfolgreichsten, die die lokale Ebene mit berücksichtigten → 2. Viele Bewohner:innen empfanden etwa die Beteiligung der MINUSMA an Entwicklungsprojekten als hilfreich (→ Haidara 2022). Anfangs schätzte die malische Bevölkerung sogar militärische Maßnahmen. So konnten französische Streitkräfte im Januar 2013 zunächst den Vormarsch dschihadistischer Gruppen in den Süden Malis stoppen (→ Goya 2013).

Langfristig hatten die militärischen Operationen gegen dschihadistische Gruppen jedoch nur sehr geringe Auswirkungen. Ein dschihadistischer Führer wurde sehr schnell durch einen anderen ersetzt, was zeigt, wie schwierig es ist, diese Gruppen mit militärischen Mitteln auszuschalten oder zumindest zu schwächen. Dennoch blieb die militärische Lösung auch später noch die wichtigste Option für Frankreich, das die internationale Präsenz in Mali dominierte. Frankreich lehnte jede Initiative für einen Dialog zwischen dem malischen Staat und den dschihadistischen Gruppen ab.

Nach zehn Jahren weitete sich die Krise, die zuvor auf den Norden Malis begrenzt war, auf die zentralen Regionen Mopti und Ségou und dann auf die angrenzenden Länder Burkina Faso und Niger aus. Dies ging mit einer Verbreitung von Waffen einher, wobei bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen lokalen Gemeinschaften besonders tödlich waren. MINUSMA sah sich ab 2015 mit ersten Protesten gegen ihre Präsenz konfrontiert, denn sie wurde als ineffizient beim Schutz der Zivilbevölkerung wahrgenommen. Später führte die vermeintliche Pro-Tuareg-Position Frankreichs – im Konflikt zwischen den Tuareg und der malischen Regierung – in Verbindung mit der sich exponentiell verschlechternden Sicherheitslage zu regelmäßigen Demonstrationen gegen die französische Präsenz in Mali. Diese Proteste griffen auf die Nachbarländer Niger und Burkina Faso über. In den sozialen Netzwerken kursierten Gerüchte, Bilder und Videos, die die angeblich destabilisierende Politik Frankreichs in Mali belegen sollten. Die Fähigkeit der Putschisten, die verbreitete antifranzösische Stimmung auszunutzen, war ausschlaggebend für ihren Erfolg. Ob in Mali, Burkina Faso oder Niger, die antifranzösische und antieuropäische Rhetorik mobilisierte die Massen zugunsten der Juntas, die sich als Garanten der Souveränität ihrer jeweiligen Staaten positionierten. Als Reaktion auf die Sanktionen der ECOWAS gegen Mali riefen die Putschisten ihre Anhänger zu Massenprotesten auf. Am 14. Januar 2022 fanden in allen größeren Städten Malis Demonstrationen zur Unterstützung der Junta und gegen die ECOWAS statt. Ähnliches spielte sich in Niger und Burkina Faso ab.

Antifranzösische und antieuropäische Rhetorik mobilisierten Massenproteste gegen die internationalen Missionen im Sahel

Die Militärjuntas stellten die abgesetzten Regierungen als zu willfährig gegenüber französischen, aber auch europäischen Wünschen dar. Den Putschisten gelang es, das, was zunächst nach persönlichem Machtstreben aussah, als einen nationalen Befreiungskampf zu präsentieren. Dieser war gegen Frankreich und die ECOWAS gerichtet – die in den Augen der Putschisten Frankreichs verlängerter Arm ist –, aber auch gegen die EU.

Die Instrumentalisierung des vermeintlichen Scheiterns internationaler Interventionen und vielfältige Schuldzuweisungen an letztere verschafften den Putschisten erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung. Im Oktober 2022 reichte die malische Junta beim VN-Sicherheitsrat eine formelle Beschwerde gegen Frankreich ein und beschuldigte es der „Verletzung des malischen Luftraums und der Lieferung von Waffen an islamistische Kämpfer“. Ähnliche Vorwürfe erhoben auch die Militärregime in Burkina Faso und Niger gegen dort stationierte, insbesondere europäische, internationale Truppen. Mali wollte eine Sondersitzung des VN-Sicherheitsrats einberufen, bei der Beweise für Destabilisierungsversuche Frankreichs vorgelegt werden sollten. Als der Sicherheitsrat dagegen Vorbehalte äußerte, bezichtigte die Junta den Sicherheitsrat gegenüber der malischen Bevölkerung der Komplizenschaft mit Frankreich. Ähnliche Anschuldigungen erhob sie gegen MINUSMA. So wurden Barkhane, die europäische Unterstützungsmision „Task Force Takuba“ und die VN-Mission MINUSMA → **16** /58–59 auf Verlangen der Junta vorzeitig aufgelöst; Mali zog sich zudem aus der G5-Sahel Initiative zurück. Niger verfolgte den gleichen Ansatz und kündigte seine gesamte militärische Zusammenarbeit mit Frankreich sowie eine zivile EU-Mission und die militärische Partnerschaftsmision der EU in Niger auf.

REAKTIONEN AUF DIE MILITÄRPUTSCHE

Die AU und die ECOWAS verurteilten im Einklang mit ihren Normen gegen verfassungswidrige Regierungswechsel die Putsche umgehend und forderten die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung. In einer bis dato beispiellosen Entscheidung antwortete die ECOWAS auf den Staatsstreich in Mali mit der Verhängung wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen, einschließlich der Schließung von Grenzen und dem Einfrieren von Vermögenswerten.⁴ Alarmiert durch die wachsende Zahl von Staatsstreichen in der Region reagierte die ECOWAS auf den Staatsstreich in Niger noch härter und verhängte die bisher schärfsten Sanktionen.⁵ Neben finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen drohte die ECOWAS auch mit einer militärischen Intervention, um den gestürzten Präsidenten Mohamed Bazoum wieder in sein Amt einzusetzen. Während China und Russland die harte Reaktion der ECOWAS umgehend kritisierten, waren die westlichen Staaten uneins, ob sie die militärische Drohung der ECOWAS gutheißen sollten, unterstützten jedoch die Forderung der ECOWAS nach einer verfassungsmäßigen Ordnung.

Gegen Niger verhängte
ECOWAS die bis dato
schärfsten Sanktionen

Die Sanktionen der ECOWAS und die daraus folgende regionale und internationale Isolation veranlassten die Militärregime zur Bildung einer neuen Allianz der Sahelstaaten (AES), die die politische und sicherheitspolitische Dynamik in der Sahelzone grundlegend verändern könnte.

Erstens beendeten alle drei Regime die Sicherheitskooperation ihrer Vorgänger mit Frankreich. Sie trafen diese Entscheidungen jedoch schrittweise und setzten die Sicherheitskooperation mit anderen westlichen Staaten, die auch die größte US-Drohnenbasis in Afrika in Niger betraf, zunächst fort. Nach dem Besuch einer ranghohen US-Delegation in Niamey kündigte die Militärregierung im März 2024 auch das Abkommen mit den USA mit sofortiger Wirkung auf. Ebenso setzten die neuen Militärregime in Mali und Niger MINUSMA und den noch laufenden EU-Interventionen ein Ende. Im Falle Nigers schließt dies auch das Migrationsabkommen mit der EU ein, das das Militärregime im Dezember 2023 aufkündigte.

Zweitens intensivierten die Militärregime ihre diplomatische und militärische Zusammenarbeit untereinander. Im September 2023 gründeten sie die AES, einen gegenseitigen Verteidigungspakt, der auch eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Unterzeichnerstaaten vorsieht. Im Januar 2024 kündigten alle drei Regime ihren Austritt aus der ECOWAS an. Obwohl der tatsächliche Austritt erst ein Jahr nach dem formellen Antrag in Kraft tritt, wird er im Falle seiner Umsetzung tiefgreifende politische, wirtschaftliche, finanzielle und sicherheitspolitische Auswirkungen nicht nur auf die drei Länder, sondern auf die gesamte Subregion haben.

Drittens bauten alle drei Militärregime neue Sicherheitspartnerschaften auf, die sich insbesondere in einer verstärkten Zusammenarbeit mit Russland manifestieren. Anders als ihre malischen Pendants, die seit 2021 an der Seite von rund 1.500 Wagner-Angehörigen kämpfen (→ von Boemcken et al. 2023), waren die Militärregime in Burkina Faso und Niger zunächst zurückhaltender, eine umfassende Sicherheitskooperation mit Russland einzugehen. In Burkina Faso sind derzeit rund 100 russische Soldaten stationiert, während die nigrische Regierung seit Ende 2023 diplomatische Besuche in und aus Moskau intensiviert hat. Zusätzlich verstärkten die drei Regime ihre (Sicherheits-) Kooperation auch mit China, dem Iran und der Türkei, wobei die beiden letzteren wichtige Drohnenlieferanten im Kampf gegen dschihadistische Gruppen sind. Insbesondere dient die wachsende russische sicherheitspolitische Präsenz in Afrika, die seit Januar 2024 unter dem Kommando der umstrukturierten Wagner-Gruppe Africa Corps steht, dazu, sich den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu sichern, um die vom Westen verhängten Sanktionen zu kompensieren. Aber auch die Sahelstaaten könnten wirtschaftlich profitieren: Im Oktober 2023 unterzeichnete Burkina Faso ein Abkommen mit der russischen Atomindustrie über den Bau eines Atomkraftwerks zur Deckung des Energiebedarfs des Landes. Ebenso unterzeichnete Mali mit Russland ein Abkommen über den Bau einer Goldraffinerie in Bamako. Das Narrativ des „gegenseitigen Respekts“ prägt die öffentliche Darstellung der neuen Zusammenarbeit mit Russland. In Zukunft wird vor allem zentral sein, ob es dieser Zusammenarbeit gelingt, die Multikrisen im Sahel zu adressieren und insbesondere die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern, die Legitimität des Staates zu stärken und die Gewalt einzudämmen.

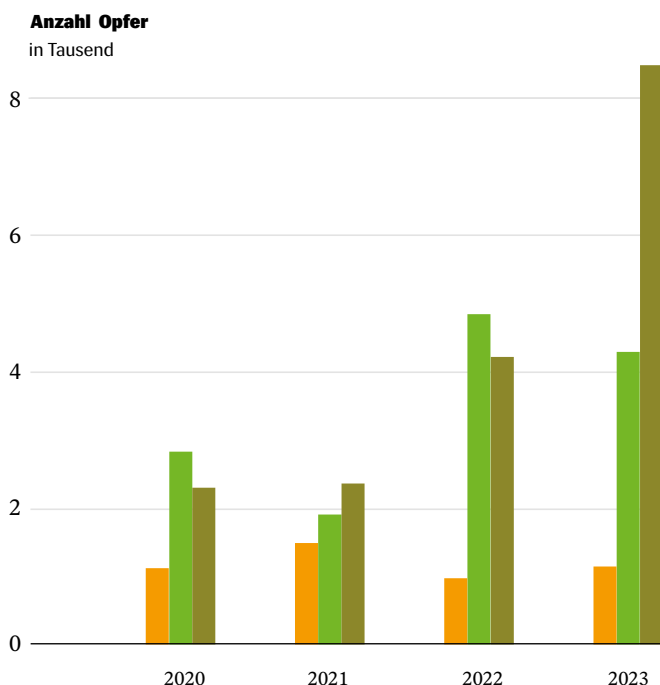
Neue Sicherheitskooperationen der Militärregime mit Russland, China, Iran und Türkei

SICHERHEITSPOLITISCHE FOLGEN

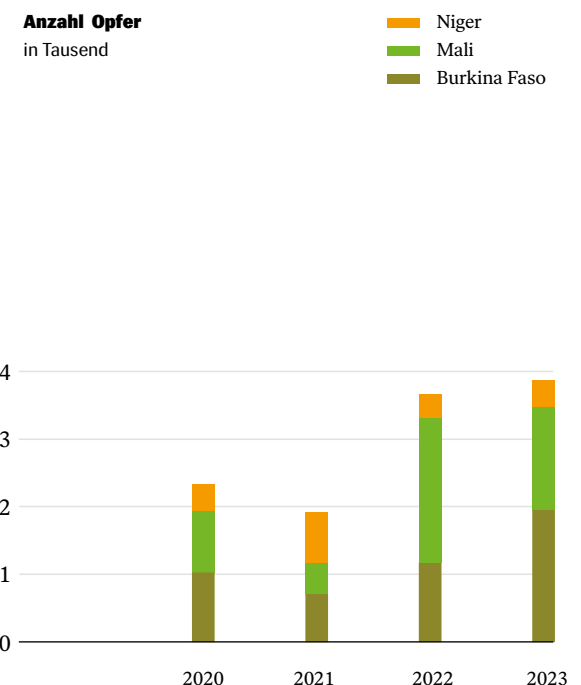
Insgesamt ist der Zugang zu verlässlichen Daten für eine vergleichende Bewertung der Sicherheitslage in den drei Ländern schwierig, gerade auch deshalb, weil die drei Militärregime viel in die öffentliche Darstellung militärischer Erfolge investieren. Dennoch konnten die Militärregime ihr zentrales Versprechen, für mehr Sicherheit zu sorgen, nicht einlösen. In allen drei Ländern war die Gewalt nach den jeweiligen Staatsstreichen höher als zuvor → **17**/63. Das letzte Quartal 2023 war das tödlichste, das ACLED seit 2012 in der Region verzeichnete (→ ACLED 2023). Vor allem Burkina Faso entwickelte sich jüngst zum Epizentrum der Gewalt; die Hälfte des Landes steht nicht unter der Kontrolle der Regierung. Allein in Mali verbesserte sich 2023 das subjektive Sicherheitsempfinden, was auf die verstärkte Präsenz der malischen Armee zurückzuführen ist. Aber auch in Mali sieht die Bevölkerung Unsicherheit als größte Herausforderung an (→ Friedrich Ebert Stiftung 2023: 23; Just Future 2023).

Seit ihrer Machtübernahme konzentrierten sich die Militärregime in erster Linie darauf, Sicherheit mit militärischen Mitteln herzustellen. Dies forderte einen hohen zivilen Tribut. Zivilist:innen wurden oft direkt als „Terrorist:innen“ ins Visier genommen. Mit der Militarisierung geht auch ein zunehmender Autoritarismus einher, der die Meinungsfreiheit und andere politische Freiheiten einschränkt. In Mali ist das Credo der neuen militärischen Führung der „Machtzuwachs“ der Armee – ein Slogan, der schnell an Popularität gewann und von großen Bevölkerungsteilen übernommen wurde. Diese Dynamik bedingte im November 2023 die Beendigung des 2015 ausgehandelten Friedensabkommens

17 Entwicklung der politischen Gewalt im Sahel (2020–2023) Quelle → 1/69



18 Gewalt gegen Zivilist:innen (2020–2023) Quelle → 1/69



von Algiers zwischen dem malischen Staat und den Tuareg-Rebellen. Die Feindseligkeiten zwischen der Armee und Tuareg-Gruppen nahmen zu und führten zum Einmarsch der malischen Armee in Kidal – einer Stadt, in der sie seit über zehn Jahren nicht mehr präsent war. Für viele Malier:innen stellte die symbolisch bedeutsame Rückerobung von Kidal unter Beweis, dass die Militärjunta in der Lage ist, die Sicherheitslage im Land unter Kontrolle zu bringen. Gleichzeitig werden jedoch Whistleblower:innen und andere Oppositionelle inhaftiert oder ins Exil getrieben.

1

64

In Burkina Faso greift die Junta auf ein vom gestürzten Kaboré-Regime eingeführtes Gesetz zurück, um zivile Freiwillige – Volontaires pour la défense de la patrie (VDP) – für den Kampf gegen dschihadistische Gruppen zu mobilisieren. Die VDP und der öffentliche Unterstützungsfonds bilden heute das Rückgrat der militärischen Strategie und umfassen etwa 60.000 bewaffnete Zivilist:innen (→ International Crisis Group 2023). Im April 2023 erließ die Junta ein Dekret über eine allgemeine Mobilmachung zur Bekämpfung bewaffneter Gruppen, das im April 2024 um ein weiteres Jahr verlängert wurde. Dieses Dekret nutzt die Militärregierung derzeit auch, um Kritiker:innen zum Schweigen zu bringen und Angst zu verbreiten.

In Niger war eines der Hauptmotive des Militärs für den Putsch die „Korrektur“ der Anti-Terror-Strategie von Präsident Bazoum. Dazu gehörte auch die französische Militärhilfe und die Politik der „ausgestreckten Hand“ gegenüber Teilen der dschihadistischen Gruppen (→ McCullough/Sandor 2024). Seitdem intensivierte die Junta ihre Luft- und Drohnenangriffe, aber auch die nigrischen Sicherheitskräfte mussten schwere Angriffe und Niederlagen hinnehmen.

Die Militarisierung richtet sich, wenn auch in allen drei Ländern in unterschiedlichem Ausmaß, zunehmend gegen die Zivilbevölkerung, die zwischen die Fronten dschihadistischer Gruppen wie auch der Anti-Terror-Einheiten gerieten → **18**/63. Ein Beispiel ist das Dorf Moura in Zentralmali. Dort töteten malische Truppen und ausländische Militärs während einer fünftägigen Operation im März 2022 mehr als 500 Menschen – die große Mehrheit von ihnen wurde standrechtlich hingerichtet (→ OHCHR 2023). In Burkina Faso kommt es regelmäßig zu Vorwürfen, dass sowohl die Armee als auch die VDP Zivilist:innen tötet. Vor allem die Fulani-Bevölkerung ist betroffen, was zu deren Stigmatisierung und sozialen Ausgrenzung führt und einen Nährboden für islamistische Mobilisierungen bietet. Gleichzeitig geht diese Dynamik mit einer Einschränkung demokratischer Freiheiten einher, indem Journalist:innen, Aktivist:innen und Menschenrechtsorganisationen zum Schweigen gebracht werden (→ CISC 2024).

Die Militarisierung
richtet sich zunehmend
auch gegen
die Zivilbevölkerung

Schließlich stehen diese rein militärischen Ansätze in krassem Widerspruch zu den auf verschiedenen nationalen Foren formulierten Schwerpunkten wie dem malischen „Inklusiven nationalen Dialog“ (2019) und der „Nationalen Konferenz zum Wiederaufbau des Staates“ (2022), die den Dialog mit dschihadistischen Gruppen als Priorität formuliert hatten. In Niger (vor dem Staatsstreich 2023), in Burkina Faso und in Mali unterzeichneten Dörfer und dschihadistische Gruppen Friedensabkommen (→ Kleinfeld/Tapily 2022), die die lokale Bevölkerung als wirksames Mittel zur Eindämmung dschihadistischer Gewalt wahrnahm → 19 / 65.

19 Das Potenzial lokaler Friedensabkommen in Mali

„Abkommen von Farabougou“ vom 14. März 2021 (Bezirk Niono, Region Ségou, Mali)

Das vorübergehende Waffenstillstandsabkommen zwischen bewaffneten dschihadistischen Gruppen und traditionellen Dozo-Järgergemeinschaften wurde unter Vermittlung des Hohen Islamischen Rates von Mali (HCIM) unterzeichnet. Das Abkommen umfasst mehrere Punkte: Entwaffnung der Dozos, freier Personen- und Warenverkehr, Freilassung von Gefangenen und die Möglichkeit für Dschihadisten, in den Dörfern zu predigen. Im Gegenzug wurde die monatelange Blockade der Stadt durch die Dschihadisten aufgehoben.

„Friedensabkommen zwischen den Gemeinschaften der Dogon, Dafing und Peulh der Gemeinden Diallassagou, Koulogon Habé, Lessagou Habé, Ségue, Soubala, Sokoura und Tori (Cerce de Bankass, Region Mopti, Mali)“, unterzeichnet am 21. Februar 2021

Die Vertreter:innen der oben genannten Gemeinden verpflichteten sich gemeinsam dazu, das Tragen von Waffen in den Dörfern zu verbieten, sich an der Verbreitung von Botschaften des Zusammenhalts und der Versöhnung zu beteiligen, sich dafür einzusetzen, dass sich Mitglieder anderer Gemeinden frei bewegen können, sowie den Respekt vor der moralischen Autorität der traditionellen und religiösen Autoritäten zu wahren. Ein 15-köpfiges Komitee wurde eingerichtet, um die Umsetzung der Verpflichtungen zu überwachen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die drei Militärregime in Mali, Burkina Faso und Niger spielen eine Schlüsselrolle für die Zukunft der Sahelzone. Seit den Staatsstreichs fällt es westlichen Staaten und den afrikanischen Regionalorganisationen AU und ECOWAS schwer, eine kohärente Strategie im Umgang mit den neuen Regimen zu finden. Die Sicherheitslage verschlechtert sich zusehends, insbesondere in Burkina Faso. Die westlichen Akteur:innen stehen den neuen Regierungen immer ablehnender gegenüber. Doch die humanitären, sicherheitspolitischen und politischen Entwicklungen in der Sahelzone, die sich potenziell transnational auswirken (unter anderem Migration, illegaler Handel), sind zu wichtig, als dass sich Europa und Deutschland für einen vollständigen Rückzug entscheiden könnten. Vor diesem Hintergrund lassen sich aus den Erfahrungen der Vergangenheit zwei wichtige Schlussfolgerungen ziehen, die Hinweise auf eine notwendige strategische Anpassung der deutschen Sahel-Politik geben.

Erstens haben sich die internationalen Reaktionen auf die Staatsstreiche in Mali und Niger als kontraproduktiv erwiesen. Die Sanktionen haben die Legitimität der Juntas eher gestärkt als bedroht und zudem die humanitäre und wirtschaftliche Situation von Millionen von Menschen verschlechtert. Die Sanktionen und die daraus resultierende Isolation bedingten neue Allianzen zwischen den Militärregimen und verstärkten die Notwendigkeit, nach „neuen Partner:innen“ (unter anderem Russland) zu suchen. In Zukunft wird es wichtig sein, mehr in die diplomatischen Beziehungen zu investieren und sich öffentlich zurückzuhalten. Es ist wahrscheinlich, dass keines der drei Länder wie ursprünglich geplant im Jahr 2024 Wahlen abhalten wird, insbesondere nach dem angekündigten Austritt aus der ECOWAS. Obwohl dies ein klares Versagen der ECOWAS bei der Durchsetzung demokratischer Standards darstellt, ist es wichtiger, die laufenden diplomatischen Vermittlungsbemühungen zwischen der ECOWAS und den drei Regierungen zu unterstützen. Sie haben das Potenzial, eine notwendige Reform der ECOWAS einzuleiten und den Austritt der drei Staaten aus der Organisation zu verhindern. Dafür ist es auch notwendig, die von den Regierungen unabhängigen Verbindungen der ECOWAS in die Zivilgesellschaften Malis, Burkina Fasos und Nigers weiter zu stärken.

Zweitens lassen sich Lehren hinsichtlich des Umgangs der Bundesregierung mit den Putschregierungen ziehen. Als Reaktion auf die Putsche hat die Bundesregierung auch ihre Entwicklungszusammenarbeit (EZ) angepasst—wenn auch uneinheitlich: In Burkina Faso wird die EZ mit geringfügigen Anpassungen weitergeführt. Darüber hinaus lieferte die Bundesregierung im Dezember 2023 zum dritten Mal Rüstungsgüter zur Unterstützung der Terrorismusbekämpfung des Landes – trotz bekannter Menschenrechtsverletzungen (→ AZ AIB 2023).

In Niger hingegen ist die finanzielle und technische Zusammenarbeit seit dem Putsch ausgesetzt, während die humanitäre Hilfe und die strukturbildende Übergangshilfe weiterlaufen. Obwohl zusätzliche Unterstützung für lokale Nichtregierungsorganisationen angekündigt wurde, droht die plötzliche Aussetzung der Entwicklungsgelder, hart erkämpfte Errungenschaften zunichtezumachen und wichtige und verlässliche Partner:innen, insbesondere unter den zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, zu enttäuschen. Diese Inkonsistenzen zeigen, dass es in Zukunft wichtig sein wird, klare Kriterien beziehungsweise rote Linien zu definieren, wann und wie EZ ausgesetzt oder wieder aufgenommen werden soll, einschließlich der Frage, wie „regierungsfernes“ Engagement in der Praxis umgesetzt werden kann. Die Aussetzung der EZ hat zwar das Potenzial, Druck auszuüben, dieser Druck kann aber auch kontraproduktiv sein, sodass die Entscheidung, die Finanzierung auszusetzen, letztlich sowohl wichtige politische Partnerschaften als auch vergangene Entwicklungserfolge gefährdet.

- 1 Das Gesundheitsministerium in Gaza, das unter Kontrolle der Hamas steht, berichtet von über 33.207 getöteten Menschen (Stand 12.4.2024). Das Armed Conflict Location & Event Dataset (ACLED) verzeichnet für das letzte Quartal 2023 21.432 und im ersten Quartal 2024 (Stand 6.2.) 4.402 Opfer und kommt damit insgesamt auf vergleichbare Zahlen.
- 2 Als Teil des Fragile State Index berücksichtigt der Indikator für externe Interventionen „den Einfluss und die Auswirkungen externer Akteure auf das Funktionieren eines Staates – insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft“. X1: External Intervention | Fragile States Index, 08.04.2024.
- 3 Eigene Darstellung auf Basis der Daten aus dem folgenden Datensatz: terrorism index von GTI (<https://www.visionofhumanity.org/public-release-data/>) und State Legitimacy von The Fund for Peace (<https://fragilestatesindex.org/global-data/>), 08.04.2024.
- 4 Unterstützt und umgesetzt wurden diese Sanktionen durch die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA), in der sich die frankophonen Länder Westafrikas zu einem gemeinsamen Währungsraum zusammengeschlossen haben.
- 5 Der Staatsstreich in Burkina Faso im Jahr 2022 löste dagegen keine so heftigen regionalen Reaktionen aus, vor allem weil das Militärregime in Ouagadougou der ECOWAS sofort einen Übergangsplan für die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung anbot. Trotz des Ausschlusses aus ECOWAS und der AU verzichteten beide Organisationen auf wirtschaftliche oder finanzielle Sanktionen.

Autor:innen

Dr. Markus Bayer

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Milena Berks

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Marc von Boemcken

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Claudia Breitung

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Boubacar Haidara

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Oyewole Oginni

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Evelyne Atieno Owino

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Prof. Dr. Conrad Schetter (Koordination)

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Lars Wirkus

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Antonia Witt

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Quellenverzeichnis

Agence d'Information du Burkina (AIB) 2023: Deutschland bietet Burkina „moderne Waffen“ an, um dessen „existenziellen Kampf“ gegen den Terrorismus zu unterstützen, in: <https://www.aib.media/lallemagne-offre-du-materiel-militaire-au-burkina/>; 25.04.2024.

Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED) 2023: Regional Overview Africa (December 2023), in: <https://acleddata.com/2024/01/12/regional-overview-africa-december-2023/>; 25.04.2024.

Bayer, Markus/Von Boemcken, Marc/Haidara, Boubacar/Heinemann-Grüder, Andreas/Schetter, Conrad/Wilshusen, Fiona 2023: Milizen und Militärfirmen: Gegner oder Instrumente staatlicher Gewalt?, in: BICC, HSKF, INEF, IFSH (Hrsg.): *Friedensgutachten 2023. Noch lange kein Frieden, Bielefeld 2023*, 41–63, in: https://www.friedensgutachten.de/user/pages/02.2023/02.ausgabe/05.bewaffnete-konflikte/FGA2023_1.pdf; 25.04.2024.

Collectif contre l'impunité et la stigmatisation des communautés (CISC), in: <https://www.facebook.com/collectifcisc/>; 25.04.2024.

Friedrich-Ebert-Stiftung 2023: Mali-Mètre: enquête d'opinion; “Que pensent les Maliens?”, in: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/mali/10100/2023.pdf>; 25.04.2024.

Goya, Michel 2013: La guerre de trois mois: l'intervention française au Mali en perspectives, in: *Politique étrangère* 2, 157–168.

Haidara, Boubacar 2022: Amid popular opposition, is the UN's peacekeeping mission in Mali doomed?, in: <https://theconversation.com/amid-popular-opposition-is-the-uns-peacekeeping-mission-in-mali-doomed-189005>; 25.04.2024.

International Crisis Group 2023. Burkina Faso: Arming Civilians at the Cost of Social Cohesion?, December 2023, in: <https://www.crisisgroup.org/africa/sahel/burkina-faso/burkina-faso/313-armier-les-civils-au-prix-de-la-cohesion-sociale>; 25.04.2024.

Just Future 2023: Enquête sur les perceptions relatives à la sécurité dans les régions de Mopti, Tombouctou, Gao au Mali, in: <https://justfuturealliance.org/wp-content/uploads/2024/02/JF-SIPRI-POINT-SUD-Rapport-MALI-Q4-fevrier-2024-copy-1.pdf>; 25.04.2024.

Kleinfeld, Philip/Mamadou, Tapily 2022: Nous acceptons pour rester en vie: Comment des dialogues au niveau local avec des djihadistes se sont enracinés au Mali, in: <https://www.thenewhumanitarian.org/fr/2022/05/04/nous-acceptons-pour-rester-en-vie-comment-des-dialogues-au-niveau-local-avec-des>; 25.04.2024.

McCullough, Aoife/Sandor, Adam 2024: Briefing: How a Mutiny Became A(nother) Coup: The Politics of Counterinsurgency and International Military Partnerships in Niger, in: *African Affairs* 122: 489, 587–601, in: <https://doi.org/10.1093/afraf/adado34>; 15.04.2024.

Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) 2023: Malian Troops, Foreign Military Personnel Killed Over 500 People During Military Operation in Moura in March 2022. UN Human Rights Report, in: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/05/malian-troops-foreign-military-personnel-killed-over-500-people-during>; 25.04.2024.

Raineri, Luca/Strazzari, Francesco 2019: (B)ordering Hybrid Security? EU Stabilisation Practices in the Sahara-Sahel Region, in: *Ethnopolitics* 18: 5, 544–559.

Transparency International 2023: Corruption Perception Index, in: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023>; 25.04.2024.

UNHCR – Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen 2023: UNHCR: Forced displacement continues to grow as conflicts escalate, in: <https://www.unhcr.org/news/unhcr-forced-displacement-continues-grow-conflicts-escalate>; 25.04.2024.

UNHCR – Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen 2024. Global Appeal 2024: in: <https://reporting.unhcr.org/global-appeal-2024-6383>; 25.04.2024.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

7 /49*Globales Konfliktgeschehen*

UCDP 2022, UNHCR 2023

Layout: Nele Kerndt, Lars Wirkus. BICC, Februar 2024

8 /51*Globale Gewaltkonflikttrends im regionalen Vergleich*

UCDP 2022

Layout: Nele Kerndt, Lars Wirkus. BICC, Februar 2024.

9 /52*Konflikttypen nach Regionen*

UCDP 2022

Layout: Nele Kerndt, Lars Wirkus. BICC, Februar 2024.

10 /53*Gewaltkonflikte und multilaterale Militär- und Beobachtungsmissionen (2022/2023)*

NATO 2024, Natural Earth 2019, UCDP/PRIO 2023, UN Peacekeeping 2024, UN DPPA 2024, ZIF 2024

Layout: Ben Buchenau, Lars Wirkus. BICC, Februar 2024.

11 /54*Militärischer Fußabdruck Deutschlands (2019–2022)*

ACLED 2023, Deutscher Bundestag 2023, NATO 2024, Natural Earth 2019, UCDP/PRIO 2023, UN Peacekeeping 2024, UN DPPA 2024, ZIF 2024

Layout: Ben Buchenau, Lars Wirkus. BICC, März 2024.

12 /55*Aktuelle Einsätze der Bundeswehr (März 2024)*

Bundesministerium der Verteidigung, Einsatzzahlen, März 2024.

13 /56*Tendenzen und Muster von Militärputschen in der westlichen Sahelzone (1965–2023)*Peyton, Buddy/Bajjalieh, Joseph/Shalmon, Dan/Martin/et al. 2023: Cline Center Coup d'État Project Dataset. University of Illinois at Urbana-Champaign, in: <https://databank.illinois.edu/datasets/IDB-3143201>; 25.04.2024.**14 /57***Index der Korruptionswahrnehmung (Corruption Perception Index)*Transparent International, Corruption Perception Index, in: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023>; 25.04.2024.**15 /57***Tendenzen und Muster von Terrorismus und staatliche Legitimität in der westlichen Sahelzone*The Fund for Peace, Fragile States Index, in: <https://fragilestatesindex.org/indicators/>; 25.04.2024Institute for Economics & Peace, Global Terrorism Index 2022: Measuring the Impact of Terrorism, Sydney, March 2022, in: <http://visionofhumanity.org/resources>; 27.03.2024.**16 /58–59***Internationale zivile und militärische Interventionen in Mali und Niger seit 2012*
Eigene Darstellung**17 /63***Entwicklung der politischen Gewalt im Sahel (2020–2023)*

ACLED 2024 (ohne „riots“ und „protests“)

18 /63*Gewalt gegen Zivilist:innen (2020–2023)*

ACLED 2024